

Erklärung zum Parteiwechsel

Ich bin 2021 in die FDP eingetreten, weil ich Sicherheits- und [Verteidigungspolitik](#) machen wollte. In den knapp vier Jahren meiner Parteizugehörigkeit habe ich einen unschätzbaren Einblick in die verschiedenen politischen Prozesse und die Gremienarbeit erhalten. Als Mitglied des Landesvorstands Hamburg konnte ich das Bezirks- und Bürgerschaftswahlprogramm mitgestalten; vor allem aber habe ich mit meiner Arbeit im Landes- und Bundesfachausschuss Sicherheit & Verteidigung über 25 [Anträge](#) einbringen und an einigen Bundes- und Landesparteitagen die Weichen mit stellen können.

Nun aber habe ich mich zum [Austritt](#) entschieden. Die Gründe liegen in dem Kurs der [Regierung](#), den ich nicht mehr mittragen möchte und den ich im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik geradezu für fahrlässig und [verantwortungslos](#) halte. Die Sicherheitslage ist sehr ernst, wie viele meiner Gesprächspartner aus NATO, Bundeswehr, den Think Tanks und Universitäten immer wieder bestätigten. So ernst, dass damit zu rechnen ist, dass Putin innerhalb von drei Jahren zu einem Angriff auf NATO-Territorium in der Lage wäre. Vor diesem Hintergrund halte ich die gekürzte Ukraine-Hilfe, den nur um eine knappe Mrd. EUR angewachsenen Bundeswehr-Etat und die m.E. hanebüchene Diskussionen gegen eine erneute Art von Wehr- oder Dienstpflicht für unzumutbar. Die von Christian Lindner jüngst veröffentlichten Briefe an Pistorius, u.a. zu dem Ifo-Gutachten über die volkswirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflicht, die Nebelkerzen rund um die Reserve, die es allein richten soll – das ist alles ist m.E. Nonsense und an einem entschlossenen Handeln vorbei, das dringend geboten wäre.

Oft genug habe ich versucht, mit Anträgen den Kurs anders zu setzen, muss aber erkennen, dass dafür in der FDP keine Mehrheiten erkennbar sind. Daher ist der Austritt aus der FDP konsequent. Stattdessen wechsele ich in die [CDU](#), was ich mir gut und lange überlegt habe. Das Parteiprogramm entspricht nicht nur sehr gut meiner bürgerlich-konservativen Grundhaltung, sie knüpft auch an meine über Jahrzehnte gepflegte CDU-Wählerschaft an. Vor allem aber hat die CDU erkannt, wie wichtig das Thema [Sicherheit](#) ist: ob bei Fragen der inneren Sicherheit – Stichwort Clankriminalität, Migration – bei hybriden Angriffen wie auch bei der äußeren Sicherheit mit der [Bundeswehr](#). Insofern steht Sicherheit weit oben auf der Prioritätenliste – bundesweit wie auch bei uns in Hamburg.

Das halte ich für genau richtig und notwendig, wenn man sich die innen- und außenpolitische Sicherheitslage vergegenwärtigt. Und wie Sie wissen, ist meine Leidenschaft und mein politischer Schwerpunkt die Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Bundeswehr – von daher war mir dieser Aspekt sehr wichtig.

Besonders erfreut hat mich vor diesem Hintergrund der auf dem letzten Bundesparteitag der CDU getroffene Beschluss, zu einer neu gestalteten Form der [Wehrpflicht](#) zurückzukehren. In meinen Augen das absolut richtige, notwendige Mittel für unsere wehrhafte Demokratie und ein wichtiges Signal an unsere europäischen Nachbarn wie auch die NATO. Nur mit einer Wehrpflicht ist die große Personallücke der Bundeswehr von ca. 60.000 Personen überhaupt zu schließen, will man nicht die der NATO gemachten Zusagen ad acta legen.

Wiebke Köhler, 25. September 2024